

Artikel vom 01.07.2015

Pressemitteilung der CSU Planegg

Asylbewerberunterkünfte

Die aktuelle Diskussion zeigt, dass sich die Anforderungen an geeignete Plätze für Flüchtlingsunterkünfte in den letzten Wochen deutlich verändert haben. Die bereits gewählten Standorte werden dem mittelfristigen Bedarf nicht gerecht. Die CSU Planegg sieht deshalb den richtigen Lösungsansatz in der stärkeren Einbeziehung von Flächen an den Ortsrändern. Die Gewissheit, dass auch in den kommenden Jahren weiterer Bedarf an Asylbewerberunterkünften entsteht, erfordert von uns heute Weitsicht und Nachhaltigkeit bei der Planung. Wir müssen bei den weiteren Planungen Standorte mit Reserven für zukünftige Entwicklungen wählen.

Das bedeutet aus Sicht der CSU Planegg, dass die aktuell favorisierten Standorte im Parc de Meylan und am südlichen Parkplatz des Friedhofes vor diesem Hintergrund nicht ausreichend sind. Eine skalierbare Planung ist zwingend erforderlich, wenn wir zukünftig provisorische Lösungen wie zwangsbelegte Turnhallen oder Traglufthallen im Ortsgebiet vermeiden wollen.

Neben den bisher diskutierten Standorten sind etliche Standorte bisher wenig beachtet worden. Zum Beispiel ist die öffentliche Hand im Besitz von Grünflächen im Ortsgebiet, die infrastrukturell leicht zu erschließen wären und durch ihre Lage sowohl geeignet als auch verträglich erscheinen. Desweiteren befinden sich am Ortsrand diverse Grundstücke, die sich aufgrund ihrer Lage, ihrer Größe und der infrastrukturellen Anbindung - gerade im Hinblick auf möglicherweise später notwendige Erweiterungen - sehr gut eignen würden. Diese, auch teilweise in Privatbesitz befindlichen, Grundstücke bieten weitergehende Handlungsspielräume und sollten bei weiteren Entscheidungen in Betracht gezogen werden. Es ist unerklärlich, warum diese bisher scheinbar unberücksichtigt geblieben sind.

Die CSU Planegg schlägt vor, die geänderten Vorzeichen zu erkennen und im Sinne unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger eine nachhaltige Standortauswahl für potentielle Asylbewerberunterkünfte vorzuschlagen, die eben nicht nur die aktuell geplanten, sondern alle in Frage kommenden im Gemeindegebiet befindlichen Grundstücke in die Auswahl einschließt.